



Liebe Leserinnen und Leser,

die vorgesehenen Einsparungen in Höhe von 80 Milliarden Euro sind ein wichtiger Beitrag zum Abbau der Staatsverschuldung, zu dem wir unseren Kindern und den nachfolgenden Generationen gegenüber verpflichtet sind. Sparen tut weh, aber nachhaltige Veränderungen erreichen wir nur über Strukturverbesserungen und Sparen auf der Ausgabenseite.

Als erstes Steuern zu erhöhen, führt dazu, dass keiner mehr über Einsparungen nachdenkt.

Reflexartig hat unser Staat in den letzten Jahrzehnten bei knappen Kassen Steuern und Abgaben erhöht. Gut, dass damit jetzt Schluss ist.

Als Grundsatz für die CDU/CSU und FDP gilt:

Einsparungen bei denen vermeiden, deren Kraft wir brauchen, um die Wirtschaft zu beleben. Gleichzeitig sollen aber auch nur jene einen Beitrag leisten, die ihre Lebenssituation aus eigener Kraft noch verbessern können.

Das bedeutet, Menschen, die wie Rentner oder Behinderte ihre Lebenssituation nicht mehr verändern können, bedürfen unseres besonderen Schutzes. Aber Arbeitslose können ihr Leben noch selbst in die Hand nehmen, um nicht mehr auf die Unterstützung des Staates angewiesen zu sein, wenn wir die Vermittlung in den Arbeitsmarkt verbessern.

Wir wollen nicht in Arbeitslosigkeit investieren, sondern in Arbeit.

Die Koalitionspartner haben lange und sehr hart verhandelt.

Ihre Ergebnisse setzen sich aus drei Bausteinen zusammen:

- die Wirtschaft leistet ihren Beitrag,
- der Staat nimmt sich zurück und
- die Sozialsysteme werden verändert.

Durch die Neujustierung von Sozialgesetzen werden 30 % des Sparvolumens erreicht. Bei einem Sozialetat, der ca. 50 % des gesamten Bundeshaushalts ausmacht, ist das gerechtfertigt.

Ihre

M. Heil

Mechthild Heil MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon (030) 227 77 040
Telefax (030) 227 76 423
Em@il mechthild.heil@bundestag.de
www.mechthild-heil.de

Mechthild Heil trifft die Teilnehmer am Planspiel Jugend und Parlament

Lieve van den Berghe und Florian Schneider waren von Mechthild Heil dazu eingeladen worden, vom 5. bis zum 8. Juni die Arbeitsweise des Deutschen Bundestages in Planspielen zu erleben. Die beiden Jugendlichen übernahmen dabei die Rolle fiktiver Abgeordneter. Mit neuem Namen, neuer Biographie und neuer politischer Gesinnung ausgestattet, haben sie fiktive Initiativen durchs parlamentarische Verfahren gebracht und den Alltag der Abgeordneten erlebt: in den Fraktionen, Landesgruppen, Arbeitsgruppen, Ausschüssen und in der Plenardebatte. Im Gespräch mit Mechthild Heil schilderten sie dieser begeistert ihre vielen neuen Eindrücke. Sehr beeindruckt hat sie unter anderem der volle Terminkalender, den sie zu absolvieren hatten.



Mechthild Heil im Gespräch mit Lieve van den Berghe und Florian Schneider

Christian Wulff für Amt des Bundespräsidenten nominiert

Der Rücktritt Horst Köhlers vom Amt des Bundespräsidenten hat uns alle überrascht. Wir bedauern diesen Rücktritt und danken ihm herzlich für seine über viele Jahre geleistete Arbeit.

Mit Ministerpräsident Christian Wulff haben CDU, CSU und FDP einen Kandidaten für die Wahl zum Bundespräsidenten nominiert, der über eine breite politische Erfahrung verfügt: Er führt in Niedersachsen seit langer Zeit sehr erfolgreich eine christlich-liberale Koalition und hat das Bundesland mit großer Umsicht, Weitblick und auf der Grundlage eines festgefügtten Wertefundaments regiert. Christian Wulff zeichnet es aus, dass er zusammenführt und stets offen und neugierig auf die Menschen zugeht. Wir sind sicher, dass er ein hervorragender Bundespräsident werden wird.

Größtes Sparpaket in der Geschichte der Bundesrepublik

In einer Sondersitzung der Bundestagsfraktion haben wir zu Beginn der Sitzungswoche über die Ergebnisse der Haushaltsklausur des Bundeskabinetts beraten. Dabei ist deutlich geworden, dass mit den Vorschlägen der Bundesregierung ein faires und ausgewogenes Programm vorliegt, das in die richtige Richtung weist. Insgesamt sollen bis zum Jahr 2014 durch den Abbau von Subventionen, der Beteiligung von Unternehmen, Einsparungen in der Verwaltung und der neuen Akzentuierung von Sozialgesetzen rund 81,6 Mrd. Euro weniger Schulden aufgenommen werden. Das Sparpaket ist damit das größte in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Diese Konsolidierung des Bundeshaushaltes ist zwingend notwendig, um die Rahmenbedingungen für das Entstehen neuer Arbeitsplätze zu verbessern, den Wohlstand unseres Landes auf Dauer zu sichern und unseren Kindern und Enkelkindern keine untragbare Schuldenlast aufzubürden.

Schon in der vergangenen Legislaturperiode haben wir diesen Weg beschritten: 2009 haben wir im Grundgesetz eine Schuldenbremse verankert; vor dem Ausbruch der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise in der Geschichte der Bundesrepublik standen wir kurz davor, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Diesen Weg setzen wir nun konsequent fort.

Eine nachhaltige Konsolidierung des Bundeshaushaltes macht Einsparungen auch in den Bereichen Arbeit und Soziales erforderlich. Nur auf diese Weise wird es uns möglich sein, die Grundlagen eines solidarischen Gemeinwesens für nachfolgende Generationen zu bewahren und auch zukünftig noch denen zu helfen, die dazu aus eigener Kraft nicht im Stande sind.

Gerade mit Blick auf die wirklich Bedürftigen gilt: Schulden machen ist unsozial.

Maßnahmen gegen Spekulanten

Der sichtbaren Erschütterung des Vertrauens in die Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte tritt die christlich liberale Koalition mit einem Gesetzentwurf entgegen, der in der vergangenen Woche im Kabinett verabschiedet wurde und der potenziell krisenverstärkende Finanzmarkttransaktionen verbietet sowie mehr Transparenz bei diesen Geschäften schafft. Dieses Vorgehen steht im Einklang mit der Erkenntnis, dass Leerverkäufe in erheblichem Maße zu einer Destabilisierung der Kursentwicklung von Wertpapieren führen können. Deshalb werden ungedeckte Leerverkäufe von deutschen Aktien und Staatsschuldtiteln der Eurozone sowie Kreditderivate auf Staatsschuldtitel der Eurozone ohne Absicherungszwecke verboten. Darüber hinaus schafft der Gesetzentwurf eine gesetzliche Ermächtigung für ein Verbot entsprechender Derivate.

Darüber hinaus wird für Netto-Leerverkaufspositionen ein zweistufiges Transparenzsystem eingerichtet, das den Vorschlägen für ein entsprechendes gesamteuropäisches System folgt. Das Modell sieht zum einen eine Pflicht zur Unterrichtung der BaFin und zum anderen die Pflicht zur Veröffentlichung größerer Leerverkaufspositionen vor.

Kosovo-Mission erfolgreich

In dieser Woche werden wir über die Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der Sicherheitspräsenz im Kosovo (KFOR) diskutieren und namentlich abstimmen. Zur Verbesserung der Sicherheitslage hat der Einsatz von KFOR maßgeblich beigetragen. Zwei Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung ist die Lage im Kosovo stabil. Seit dem vergangenen Jahr können wir unsere Soldatinnen und Soldaten verstärkt für die Ausbildung von Sicherheitskräften im Kosovo einsetzen und nun gemeinsam mit unseren Verbündeten die Missionsstärke deutlich verkleinern. Das Mandat sieht deshalb eine Reduktion der Obergrenze der Kräfte der Bundeswehr von 3500 auf 2500 vor. Dies ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu unserem Ziel, das Kosovo so zu unterstützen, dass es ohne ausländische Truppen für seine Sicherheit sorgen kann.

Einschränkung der Religionsfreiheit in der Türkei ist inakzeptabel

Eine Delegation der Bundestagsfraktion hat in der vergangenen Woche die Türkei besucht, um sich vor Ort ein Bild von der Lage der christlichen Minderheit zu machen. Nach Gesprächen in Istanbul reiste die Delegation weiter nach Südostanatolien zum Kloster Mor Gabriel. Gespräche mit Vertretern fast aller Konfessionen zeigen, dass die Religionsfreiheit in der Türkei nicht im vollen Umfang gewährt wird. Besonders drastisch sind die Einschränkungen für die religiösen Minderheiten. So ist den Kirchen etwa die Ausbildung des geistlichen Nachwuchses verboten. Gleiches gilt für das Unterrichten der eigenen Sprache.

Diese Woche im Parlament

In erster Lesung steht das Gesetz zur Änderung wehr- und zivildienstrechtlicher Vorschriften 2010 zur Beratung an, mit welchem die Entscheidung im Koalitionsvertrag umgesetzt wird, die **Dauer des Grundwehrdienstes** bis spätestens Januar 2011 von neun auf sechs Monate zu verkürzen. Die Verkürzung des Grundwehrdienstes geht mit einer entsprechenden Verkürzung des Zivildienstes einher. Die Regelung gilt erstmals für Wehr- und Zivildienstleistende, die ihren Dienst ab 1. Juli 2010 antreten werden. Mit der Verkürzung mussten weitere Folgeänderungen festgelegt werden, wie z.B. die Abschaffung des abschnittswisen Grundwehr- und Zivildienstes. Der Zivildienst kann zukünftig freiwillig verlängert werden.

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union wollen auf dem **Europäischen Rat am 17./18. Juni 2010** in Brüssel als Nachfolgekonzert der Lissabon-Strategie die neue Strategie „Europa 2020“ beschließen. Dies soll die Volkswirtschaften der Europäischen Union zu einem intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstum für bessere Beschäftigung und sozialen Zu-

sammenhalt befähigen. Der **Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP „Europa 2020 – Die Wachstums- und Beschäftigungsstrategie der Europäischen Union braucht realistische und verbindliche Ziele“** befürwortet die neue Strategie, unterstützt aber zugleich die kritische Haltung der Bundesregierung zu einzelnen Zielen und Indikatoren. Wichtig ist jetzt, aus den Schwächen der Lissabon-Strategie zu lernen und das neue Konzept erfolgreicher zu machen.

Mit dem **Bundesbericht für Forschung und Innovation 2010** unterrichtet uns die Bundesregierung über die verschiedenen Elemente des deutschen Forschungs- und Innovationssystems. Der Bericht zieht zugleich eine Bilanz der Reformen und stellt eine Antwort auf das Gutachten zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit 2010 der Expertenkommission Forschung und Innovation dar.

In zweiter und dritter Lesung steht das Gesetz zur Vermeidung kurzfristiger Marktengpässe bei **flüssiger Biomasse** zur Verabschiedung an, mit dem das Erfordernis der Nachhaltigkeitszertifizierung auf Januar 2011 verschoben wird, um kurzfristige Marktengpässe auf dem Markt für flüssige Biomasse zu verhindern.

Daten und Fakten

Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der Union erfolgreich

Die Zahl der Erwerbslosen ist im Mai erneut deutlich gesunken. Im Vergleich zum Vormonat ging sie um 165.000, im Vergleich zum Vorjahr um 217.000 Personen zurück. Insgesamt waren im vergangenen Monat 3.242.000 Menschen ohne Arbeit. Die Arbeitslosenquote sank damit um 0,4 Prozentpunkte auf 7,7 Prozent. Mit dem Rückgang der Arbeitslosigkeit ging zugleich ein Zuwachs der Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung einher: Saisonbereinigt stieg die Zahl der Erwerbstätigen im April um 38.000 auf 40,12 Millionen, die der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im März um 82.000 auf 27,38 Millionen.

(Quellen: Bundesagentur für Arbeit und Statistisches Bundesamt)

Höhere Zuwanderung senkt Wanderungsdefizit

Im vergangenen Jahr sind 721.000 Personen aus dem Ausland in die Bundesrepublik Deutschland gezogen. Dies waren 39.000 Zuzüge mehr als im Jahr 2008 (+6 Prozent). Hauptherkunftsländer waren Polen (123.000), Rumänien (56.000), die USA (30.000), die Türkei (30.000) und Bulgarien (29.000). Auch die Zahl der Zuzüge deutscher Personen ist mit rund 115.000 gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen. Gleichzeitig wurden im selben Zeitraum rund 734.000 Fortzüge verzeichnet. Die Hauptzielländer der Auswanderer waren Polen (123.000), Rumänien (44.000), die Türkei (40.000), die USA (36.000) und die Schweiz (30.000). Insgesamt ergibt sich damit ein Wanderungsdefizit von 13.000 Personen. Gegenüber dem Vorjahr hat sich das Wanderungsdefizit durch die höhere Zuwanderung um etwa 43.000 Personen verringert. In den Jahren 1985 bis 2007 konnte jeweils ein Wanderungsüberschuss verzeichnet werden.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Aufschwung gewinnt an Fahrt

Nach zwei schwachen Quartalen erholt sich die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland deutlich. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung erwartet im Zeitraum April - Juni ein kräftiges Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 0,7 Prozent. Maßgeblich für den Aufschwung sind die Industrie und Bauwirtschaft. Insbesondere das produzierende Gewerbe wuchs im ersten Quartal um stattliche 3,1 Prozent. Eine gute Auftragslage in der Industrie und deutliche Zuwächse im Export sprechen zudem für einen Aufschwung, der sich zunehmend stabilisiert.

(Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung)